Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

# Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

## Beschlußprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 13. Wahlperiode: 1.-74. Sitzung. (13/1 - 13/1057), 1991 -1995

17.03.1993 - Beschlußprotokoll 29. Sitzung

**Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen**

Visual Library

**BREMISCHE BÜRGERSCHAFT**
Landtag
13. Wahlperiode

**Beschlußprotokoll**
29. Sitzung
17. 03. 93
Nr. 13/408 — 13/419

## Nr. 13/408

**Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:**

1. Konzentration der Asylangelegenheiten
   Antrag der Fraktion der CDU
   vom 15. Februar 1993
   (Drucksache 13/486)

2. Empfehlungen zur Schulentwicklung — Bericht der Kommission zur Weiterführung der Schulreform in Bremen
   Mitteilung des Senats vom 2. März 1993
   (Drucksache 13/510)

## Nr. 13/409

**Fragestunde**

1. Rückgang des Wirtschaftswachstums im Lande Bremen 1992
   Anfrage der Abgeordneten Schramm, Mützelburg und Fraktion DIE GRÜNEN vom 12. Februar 1993

2. Personelle Justizhilfe für das Land Mecklenburg-Vorpommern
   Anfrage der Abgeordneten Isola, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 15. Februar 1993

3. Transplantationsgesetz
   Anfrage der Abgeordneten Waltraud Hammerström, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 15. Februar 1993

4. Postwurfsendungen mit ausländerfeindlichen Inhalten
   Anfrage der Abgeordneten Waltraud Hammerström, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 15. Februar 1993

5. Umzugskosten für die Landesgleichstellungsstelle
   Anfrage der Abgeordneten Annelene von Schönfeldt, Welke und Fraktion der FDP vom 15. Februar 1993

6. Semester-Ticket
   Anfrage der Abgeordneten Bollhagen, Buhlert, Welke und Fraktion der FDP vom 15. Februar 1993

7. Nutzung von Regen- und Grauwasser
   Anfrage der Abgeordneten Heise, Buhlert, Welke und Fraktion der FDP vom 15. Februar 1993

8. „BOOT Bremerhaven GmbH" — 1. Nachfrage
   Anfrage der Abgeordneten Röwekamp, Kudella und Fraktion der CDU vom 18. Februar 1993

9. Medienförderung
   Anfrage der Abgeordneten Kastendiek, Kudella und Fraktion der CDU vom 18. Februar 1993

10. Fehlende Pflicht zur Aus- und Fortbildung der gewerblichen Schädlingsbekämpfer/-innen
    Anfrage der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hackstein (GRÜNE) vom 19. Februar 1993

11. Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen
    Anfrage der Abgeordneten Schreiber, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 22. Februar 1993

12. Gesetzesvorlage der Arbeiterkammer
    Anfrage der Abgeordneten Schreiber, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 22. Februar 1993

13. Waffenlieferungen in Spannungsgebiete
    Anfrage des Abgeordneten Altermann und Gruppe der NK vom 23. Februar 1993

14. Eckregelsatz der Sozialhilfe
    Anfrage der Abgeordneten Roswitha Erlenwein, Metz, Kudella und Fraktion der CDU vom 23. Februar 1993

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

15. Japanische Automobilimporte
    Anfrage des Abgeordneten Schramm (GRÜNE) vom 25. Februar 1993

16. Bremen Maritime Training Centre e. V.
    Anfrage des Abgeordneten Schramm (GRÜNE) vom 25. Februar 1993

17. Bremer Kinder- und Jugendparlament
    Anfrage der Abgeordneten Eckhoff, Kudella und Fraktion der CDU vom 26. Februar 1993

18. Verhandlungen der Sozialgerichte in Bremerhaven
    Anfrage der Abgeordneten Dr. Lutz, Kudella und Fraktion der CDU vom 2. März 1993

19. Errichtung einer Geschäftsstelle der Deutschen Energieagentur in Bremen
    Anfrage der Abgeordneten Eckhoff, Kudella und Fraktion der CDU vom 2. März 1993

20. Büroausstattung der Polizeireviere
    Anfrage der Abgeordneten Bergen, Kudella und Fraktion der CDU vom 2. März 1993

21. Heranziehung von Sozialhilfeempfängern zu gemeinnütziger Arbeit
    Anfrage der Abgeordneten Roswitha Erlenwein, Kudella und Fraktion der CDU vom 5. März 1993

22. Verfolgung der Geldwäsche
    Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Kudella und Fraktion der CDU vom 10. März 1993

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Abs. 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

## Nr. 13/410

**Aktuelle Stunde**

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/Gruppen kein Thema beantragt worden.

## Nr. 13/411

**Entwicklung eines Konzepts für die Regionalisierung des Schienenverkehrs**
Mitteilung des Senats vom 19. Januar 1993
(Drucksache 13/447)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

## Nr. 13/412

**Bahnreform und Regionalisierung des Schienenpersonennahverkehrs**
Antrag der Fraktionen der SPD, der FDP und DIE GRÜNEN
vom 17. Februar 1993
(Drucksache 13/495)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag mit Änderung wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) teilt die Einschätzung des Senats, daß die Regionalisierung ein geeigneter Weg zur Verbesserung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) ist, vorausgesetzt, sie bezieht das gesamte Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs der Region mit ein.

Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich für den Abbau der krassen Wettbewerbsbenachteiligung der Bahn gegenüber den anderen Verkehrsträgern aus und tritt für ein Schienenwegeausbaugesetz ein.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, notwendige Grundgesetzänderungen im Zusammenhang mit der Bahnreform und der Regionalisierung der Bahn und weiteren neuen Gesetzen nur dann zuzustimmen, wenn

- der Bund nicht nur Eigentümer des Schienennetzes der Bundesbahnen bzw. deren Unternehmen, die gegebenenfalls künftig gegründet werden, bleibt, sondern auch verantwortlich wird für die Erhaltung und den Ausbau einer leistungsfähigen Schieneninfrastruktur als klassische Aufgabe der Daseinsvorsorge
- die Finanzverantwortung für das Schienennetz auch künftig voll vom Bund getragen wird
- den Ländern ein Mitspracherecht im Zusammenhang mit dem Erhalt bzw. dem Ausbau der Infrastruktur eingeräumt wird
- den Ländern durch gesetzliche Absicherung der volle Finanzausgleich für die mit der Regionalisierung verbundenen Lasten gewährt wird und dieser Ausgleich dauerhaft ist, die entstehenden Defizite voll abdeckt, der künftigen Kostenentwicklung angepaßt wird und darüber hinaus bislang unterlassene notwendige Investitionen umfaßt
- diese Finanzmittel nicht in den finanzkraftorientierten Länderfinanzausgleich einbezogen werden
- besonders für die Regionalstrecken Konzepte entwickelt werden, nach denen für die jeweilige Strecke eine Kosten-Erlös-Rechnung möglich ist.

Darüber hinaus erwartet die Bürgerschaft (Landtag), daß im Zusammenhang mit der Bahnstrukturreform Gesetze zur Regionalisierung und für den ÖPNV verabschiedet werden, die u. a. die finanzielle Abwicklung und die Zuständigkeiten regeln.

Außerdem sollte sichergestellt sein, daß für die Benutzung des Schienennetzes in Zeit und Umfang ausreichende Fahrplantrassen für den SPNV gesetzlich gesichert und Grundsätze für die Berechnung und Erhebung von Nutzungsentgelten erarbeitet werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, gemeinsam mit dem Land Niedersachsen ein Regionalisierungskonzept für die Regionen Bremen und Bremerhaven bzw. ein Konzept für die Weiterentwicklung der Verkehrsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen zu erarbeiten und den zuständigen Deputationen bis September 1993 zu berichten.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, daß die Länder zur dauerhaften Sicherung des Kostenausgleichs am Aufkommen der Mineralölsteuer, die als Gemeinschaftssteuer im Sinne von Artikel 106 Abs. 3 GG umgestaltet wird, beteiligt werden. Die Verteilung der zweckgebundenen Mittel auf die Länder ist sach- und aufgabengerecht durch ein zustimmungsbedürftiges Bundesgesetz zu regeln.

## Nr. 13/413

**Gewalt gegen Frauen**
Antrag der Fraktion der CDU
vom 22. Januar 1993
(Drucksache 13/454)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ihr bis Ende Mai 1993 zu berichten,

1. aus welchen Gründen das Land Bremen bei Gewaltdelikten gegen Frauen die Spitzenstellung einnimmt,
2. durch welche Maßnahmen die Sicherheit für Frauen in Bremen und Bremerhaven verbessert werden soll.

## Nr. 13/414

**Gewalt gegen Frauen**
Antrag der Gruppe der DVU
vom 1. Februar 1993
(Drucksache 13/465)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## Nr. 13/415

**Mehr Sicherheit für Frauen in Bremen**
Antrag der Fraktionen der FDP, DIE GRÜNEN und der SPD
vom 15. Februar 1993
(Drucksache 13/483)

Mit dem Thema „Gewalt gegen Frauen" kann nicht nur die Polizei allein befaßt werden. Die tatsächlichen Ursachen und Ausprägungen müssen mit verschiedenen staatlichen und gesellschaftlichen Ansätzen sorgfältig analysiert bzw. sich daraus ergebene Konsequenzen umgesetzt werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert deswegen den Senat auf:

— unter der Federführung des Frauenressorts eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe einzusetzen. Diese Gruppe soll mit Vertreterinnen der Ressorts Bauwesen, Bildung, Jugend, Inneres und Fachfrauen aus entsprechenden Projekten und Organisationen besetzt werden und geeignete Maßnahmen für mehr Sicherheit vorschlagen,

— im Rahmen eines zu erarbeitenden Kriminalitätsatlasses zu untersuchen, ob es eventuell besonders gefährliche Örtlichkeiten für Frauen in Bremen gibt,

— die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Hilfsorganisationen zu intensivieren, z. B. über öffentliche Aufklärungs- und Vorbeugungskampagnen.

## Nr. 13/416

**Wahl von Mitgliedern des Landesrundfunkausschusses**

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die nachfolgend aufgeführten Damen und Herren zu Mitgliedern des Landesrundfunkausschusses:

**I. Kammern oder andere berufsständische Organisationen**

*Gemeinsamer Wahlvorschlag von Hanseatischer Rechtsanwaltskammer, Bremischer Anwaltsverein und Bremer Notarkammer:*

Frau Petra Schulze-Grönda

*Deutscher Journalisten-Verband:*

Jürgen Fränzel

*Deutscher Bundeswehr-Verband e. V., Landesverband Niedersachsen/Bremen:*

Rainer Lohse, Bremerhaven

**II. Kultur, Jugend, Bildung, Erziehung**

*Verband Deutscher Schriftsteller:*

Frau Konstanze Radziwill

*Verband der Gemeinschaften der Künstlerinnen und Kunstfreunde:*

Frau Waltraut Steimke

*Bremer Jugendring:*

Gerhard Rudolphi, Bremerhaven

**III. Sonstige gesellschaftlich relevante Organisationen**

*Senioren-Vertretung in der Stadtgemeinde Bremen:*

Frau Emmy Brüggemann

*Verband Bremischer Bürgervereine e. V.:*

Karl-Heinz Tamm

*Dachverband für Ausländer-Kulturvereine in Bremen e. V.:*

Frau Gule Iletmis

*Arbeiterwohlfahrt Bremen:*

Frau Ursula Kaltenstein, Bremerhaven

*Deutsch-Türkische Gesellschaft e. V.:*

Aydin Findikci

## Nr. 13/417

**Erwerb des Haupt- und Realschulabschlusses in der Frauenvollzugsanstalt Bremen-Blockland**

Antrag der Fraktion der CDU
vom 22. Januar 1993
(Drucksache 13/455)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die Deputation für Justiz und Verfassung.

## Nr. 13/418

**Erwerb des Haupt- und Realschulabschlusses in der Frauenvollzugsanstalt Bremen-Blockland**

Antrag der Fraktionen der FDP, DIE GRÜNEN und der SPD
vom 16. Februar 1993
(Drucksache 13/493)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die Deputation für Justiz und Verfassung.

## Nr. 13/419

**Rechtsextreme Gewalt von Jugendlichen im Lande Bremen**

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 25. Januar 1993
(Drucksache 13/458)

D a z u

**Mitteilung des Senats vom 16. Februar 1993**
(Drucksache 13/489)

Die Aussprache über die Große Anfrage wird eröffnet.

Druck: Hans Krohn, Bremen